



## TELEFAX

**Telefax bitte sofort weiterleiten!**

**Postadresse** Postfach 37 40  
55027 Mainz  
**Hausadresse** Am Fort Gonsenheim 139  
55122 Mainz

**Tel. Zentrale** 06131/929-0  
**Durchw.** 06131 / 929-3351  
**Fax** 06131 / 929-3050

**Internet** www.swr.de  
**E-Mail** report@swr.de

24. Februar 2003

## **Presseinformation REPORT Mainz, Montag, 24.2.2003, 21.00 Uhr im ERSTEN**

- **REPORT Mainz: Neue Vorwürfe gegen Telekom und Finanzministerium**
- **Kapitalmarktexperte stellt Frage nach Emissionsbetrug beim 3. Börsengang**
- **Neue Recherchen belegen: Finanzministerium wusste um Milliardenrisiken**

Mainz. Das Finanzministerium hat beim dritten Börsengang der Telekom im Juni 2000 ihm bekannte, milliardenschwere Risiken verschwiegen und die Aktionäre womöglich getäuscht. Wie das ARD Politikmagazin REPORT Mainz am Montag, den 24. Februar 2003, 21.00 Uhr im Ersten berichtet, könnte damit der damalige Ausgabekurs von rund 66 Euro überhöht gewesen sein. Der Börsenexperte Prof. Wolfgang Gerke, Mitglied der Börsensachverständigenkommission, spricht in diesem Zusammenhang vom Verdacht des Emissionsbetruges: „Bei den Informationen, die der Bund offensichtlich damals indirekt oder direkt über Dr. Kröske (damaliger Finanzvorstand der Deutschen Telekom AG) bekommen hat, hätte er die 3. Emission der Deutschen Telekom so nicht durchführen dürfen. Er hätte sie stoppen müssen, oder zu anderen Konditionen durchführen müssen. So hat er die Anleger abgezockt. Die Anleger, die hier aufgefordert wurden, Aktien zu zeichnen, sind über die Lage des Unternehmens damals nicht aufgeklärt worden.... Wenn die Daten, wie sie Dr. Kröske aufgeschrieben hat stimmig sind, war es in meinen Augen Emissionsbetrug.“

Gerke stützt seine Aussagen auf exklusiv recherchiertes Material, das ihm REPORT Mainz zur Beurteilung vorgelegt hatte. Die neuen Belege stammen aus der Korrespondenz, die der ehemalige Finanzvorstand der Deutschen Telekom, Dr. Joachim Kröske, mit dem Telekom Gesamtvorstand im Spätjahr 1999 führte und aus vertraulichen Aufsichtsratsvorlagen.

Aus dem Schreiben von Kröske geht hervor, dass der frühere Finanzvorstand insbesondere vor überkauften Firmenkäufen warnte. Bei der damals anstehenden Übernahme des britischen Mobilfunkbetreibers One2One (heute: T-Mobile UK) hätten fragwürdige Bewertungsmethoden zu einem überhöhten Kaufpreis geführt. Außerdem sei der Telekom-Vorstand von unrealistisch

hohen Wachstums- und Gewinnprognosen ausgegangen. Kröske warnte in seinem Schreiben vor einem – so wörtlich - „Kapitalmarktspiel“, das letztlich zu Börsenkursen der T-Aktie führte, die zu diesem Zeitpunkt mit solidem Finanzgebaren nicht darstellbar gewesen seien. Auf Anfrage von REPORT Mainz erklärte Kröske wörtlich: „Die Käufe von Unternehmen allein auf Rechnung und Risiko der Telekom waren für mich ein Schritt weg von der Volksaktie und das Eingehen einer neuen Risikoklasse für die T-Aktie.“

Im Fall der britischen Mobilfunkfirma One2One hatte der damalige Vorstandsvorsitzende Ron Sommer einen Kaufpreis von rund 10 Milliarden Euro veranschlagt, Kröske dagegen hielt nur rund fünf Milliarden Euro für angemessen. Der Finanzvorstand wurde dabei von den Prognosen der hauseigenen Wirtschaftsprüfer von Price Waterhouse Coopers gestützt. Beide Varianten stehen im Beschlussantrag für die Telekom Aufsichtsratssitzung in Budapest im Spätsommer 1999. Dieses Papier liegt REPORT Mainz vor.

One2One wurde für rund 10 Milliarden Euro gekauft, wie Sommer es wollte. Bis heute mussten allerdings schon wieder 3,4 Milliarden Euro abgeschrieben werden. Kröske hat mit seinen Warnungen also größtenteils recht behalten.

Die Differenzen zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Finanzvorstand im Aufsichtsrat bestreitet die Telekom heute. Schriftlich erklärt das Unternehmen gegenüber REPORT Mainz, dass der Vorstand vor dem Aufsichtsrat stets „eine einheitliche Auffassung“ vertreten habe. Damit behauptet das Unternehmen, dass die Konflikte auf der Vorstandsebene nicht in den Aufsichtsrat gelangt seien. Kröske, damals selbst Teilnehmer der Aufsichtsratssitzung, hält im REPORT Interview dagegen: „Dem Aufsichtsrat war bekannt, dass es unterschiedliche Auffassungen über One2One gibt und der Aufsichtsrat ist dem Vorstandsvorsitzenden gefolgt und nicht dem Finanzvorstand.“ In dem Aufsichtsgremium saßen damals ein Staatssekretär des Finanzministeriums und der Chef der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau. Nach Ansicht des renommierten Wirtschaftsrechtlers Prof. Marcus Lutter (Zentrum für europäisches Wirtschaftsrecht, Bonn) musste deshalb sogar Finanzminister Eichel informiert werden. Lutter wörtlich im REPORT Mainz-Interview: „Die beiden Vertreter des Großaktionärs Bund wussten also über das Problem auf diese Weise genauestens Bescheid. Und sie sind verpflichtet und nach dem Aktiengesetz sogar ausdrücklich ermächtigt ihren Vorgesetzten, und das ist der Minister, über so wesentliche Differenzen im Vorstand genauestens zu informieren.“

Das Finanzministerium verweigert ein Interview und verweist auf eine angebliche Pflicht zur Verschwiegenheit aller Aufsichtsratsmitglieder. Nach Ansicht Lutters ist diese Rechtsauffassung aber nicht vom Aktiengesetz gedeckt.

Trotz der intern bekannten Warnungen vor den Milliardenrisiken verkaufte Eichel wenige Monate später, beim 3. Börsengang, im Juni 2000, bundeseigene Aktien aus dem Bestand der Kreditanstalt für Wiederaufbau und sammelte rund 15 Milliarden Euro von den Anlegern ein. Der Kurs damals lag bei rund 66 Euro, heute kostet die T-Aktie nur noch knapp 12 Euro.

**Bei Rückfragen rufen Sie bitte REPORT Mainz, Tel.: 06131/929-3351.**

**Der Text als RTF-Datei unter: <http://www.swr.de/report>**

\*\*\*\*\*